

Vor 100 Jahren begann der Erste, vor 75 Jahren der Zweite Weltkrieg. Der Aufstand der nach Kiel verbrachten Matrosen der Kriegsmarine im Bunde mit den Kieler Arbeiterinnen und Arbeitern gab im November 1918 das Signal zur deutschen Revolution, die dem 1. Weltkrieg ein Ende setzte und die Monarchie stürzte. Weil es nicht gelang, auch die Herrschaft der Kapitalisten und der Großagrarien zu beseitigen, weil schließlich die gespaltene Arbeiterschaft dem Sturmtrupp der geeinten Reaktion, dem Hitlerfaschismus unterlag, ließ sich ein erneuter Weltbrand nicht verhindern. Im Ergebnis war Kiel, als Kriegshafen notwendigerweise im Fokus der alliierten Bombenangriffe, zu 80 Prozent zerstört.

Heute ist Kiel wieder Kriegshafen und Rüstungsstandort. Eine Reihe von Kriegen erschüttert die Welt, und der deutsche Imperialismus mischt kräftig mit. Friedenskräfte im ganzen Land begehen den Antikriegstag, den 1. September, im Zeichen des Widerstands gegen Kriegstreiberei und Militarismus, im Zeichen der internationalen Solidarität mit verfolgten Antifaschist*innen und Freiheitskämpfer*innen. Einige Aspekte des aktuellen Friedenskampfes werden hier beleuchtet.

„Was heute jeder Kieler Bürger begreifen müßte, ist dies: Es gibt keine gesunde, krisenfeste Wirtschaft in Kiel ohne eine radikale Abkehr von jeder Rüstungspolitik. Es gibt keine gesunde, krisenfeste Wirtschaft ohne ein Bekenntnis zu einer echten Friedenswirtschaft. Diese Friedenswirtschaft wollen wir Schritt für Schritt, aber zielbewußt aufbauen. (...) Die Stadtvertretung denkt nicht daran, den Leidensweg Kiels zum dritten Male von vorne zu beginnen.“

Andreas Gayk, Bürgermeister in Kiel, 18. Mai 1946

Wir wollen für den Frieden arbeiten!

Diese Sehnsucht aller arbeitenden Menschen, die einen oder gar beide Weltkriege des 20. Jahrhunderts erlebt hatten, die Sehnsucht aller, die die Konzentrationslager und Folterkeller der Nazis überlebt hatten, kam einmal in diesen Worten eines Kieler Oberbürgermeisters zum Ausdruck. Er setzte sie in eins mit volkswirtschaftlicher Vernunft.

Diese Vernunft hielt bei ihm nicht lange vor; dem Aufbau der Bundeswehr, dem Weg in die NATO und der Remilitarisierung Kiels („zum dritten Male“...) setzte er nichts mehr entgegen. Für viele Arbeiterinnen und Arbeiter war das von ihm proklamierte Ziel aber der Antrieb, sich der totalen Demontage der Kieler Fabriken und Werften, die sie endlich in die eigenen Hände nehmen wollten, zu widersetzen.

Sie haben ihr Ziel nicht erreicht. Kiel ist wieder Rüstungsstandort, die größte Werft – die passenderweise die Namen der größten deutschen Kriegsverbrecher-Dynastien Krupp und Thyssen vereint, die ThyssenKrupp Marine Systems – hat sich vollständig aus dem zivilen Schiffbau verabschiedet und setzt ganz auf Kriegsschiffe für den Einsatz über und unter Wasser sowie Serviceleistungen für ihre Mordmaschinen.

„Kaum ein anderes Unternehmen hat mehr Erfahrung in der Konstruktion und dem Bau von nicht-nuklearen Ubooten als die ThyssenKrupp Marine Systems mit ihrem Geschäftsbereich Submarines in Kiel. Die Werft ist Partner der Deutschen Marine und hat darüber hinaus

Unterseeboote für den Küsten- und Hochseeinsatz an Marinen von 17 Ländern weltweit geliefert.“ So freut sich die Unternehmensleitung.

Der Ministerpräsident unseres Bundeslandes, Torsten Albig, wünschte anlässlich des 175. Jahrestages der Gründung der Howaldtswerke im vergangenen Jahr nicht nur der zivilen Werft ADM, sondern auch der TKMS „jeden erdenklichen (!) unternehmerischen Erfolg“. Albig hatte schon als Kieler Oberbürgermeister erklärt, Kiel sei „der perfekte Standort für eine Marine im weltweiten Einsatz“.

Das findet auch die Marineführung; „Der Marinestützpunkt Kiel ist nicht nur Hafen für diverse schwimmende Marineeinheiten, er stellt auch eine große logistische Drehscheibe dar. Die gesamte logistische und technische Versorgung aller in Schleswig-Holstein stationierter Marineeinheiten - egal, ob landgebunden oder schwimmend - läuft über die Einsatzversorgung, das Herzstück des Marinestützpunktcommandos.“ Und von Schleswig-Holstein aus startet die Kriegsmarine in Einsätze und Manöver in allen Weltmeeren.

Kieler Sprotten statt Unterseeboote
Übergabe der neuen großen Fischhalle auf dem Ostufer an die Kieler Fischwirtschaft
Als erster Abschnitt im Aufbau des Kieler Seefischmarktes auf dem Ostufer wurde am Montag die große Fischhalle durch Oberbürgermeister Gayk feierlich der Kieler Fischwirtschaft übergeben.
montage und Schrotfabrikation überwunden.
Als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft des Kieler Fischmarktes sprach der Geschäftsführer der Fischereigenossenschaft Ullrich der in der
Oberbürgermeister Gayk bekanntgab. Während im Jahre 1938 1500 Tonnen Fische angelandet wurden, brachte das Jahr 1947 schon 5863 Tonnen und das erste Halbjahr 1948 sogar schon 5024 Tonnen Fische nach Kiel an die

Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, 20.9.1948

Von Kiel geht wieder Krieg aus. Ob der damit eingeschlagene Weg auch für die Stadt selbst – besser gesagt: für ihre wehrlose Einwohnerschaft – wiederum zu einem Leidensweg wird, wird sich erst noch zeigen. Wenn es den skrupellosen Kriegstreiber*innen in der Bundesregierung und in den Führungsetagen der EU, der USA und der NATO gelingt, Russland in einen Krieg zu zwingen, ist das so gut wie sicher.

„Es ist eine gebieterische Notwendigkeit, dass die Verantwortung für das eventuelle Übergreifen des Konflikts auf die nicht unmittelbar Beteiligten unter allen Umständen Russland trifft.“

Reichskanzler Bethmann-Hollweg, Juli 1914

Mit Faschisten im Bunde

... in einen neuen Weltkrieg?

100 Jahre sind vergangen, seit der deutsche Imperialismus seinen ersten Griff nach der Vorherrschaft in der Welt wagte und den 1. Weltkrieg anzettelte. Ohne Unterstützung eines großen Teils der Bevölkerung war dieser Krieg nicht zu führen. Deshalb suchte die deutsche Regierung unbedingt zu vermeiden, dass „das Odium, einen Weltkrieg verschuldet zu haben, schließlich auch in den Augen des deutschen Volkes auf sie zurückfällt“, denn: „Auf einer solchen Basis lässt sich ein erfolgreicher Krieg nach drei Fronten nicht einleiten und führen.“ So sprach der deutsche Reichskanzler im Juli 1914, und er unterstrich die Notwendigkeit, Russland die Schuld am Kriege zuzuschieben, mit der Bemerkung: „... sonst kriege ich die Sozialdemokraten nicht mit.“

Viele, allzu viele Sozialdemokraten gingen mit. Die meisten ihrer Führer in Partei und Gewerkschaften erklärten dem deutschen Finanzkapital und dem wilhelminischen Obrigkeitsstaat den „Burgfrieden“ und allen außerhalb Deutschlands den Krieg. Die Geführten bezahlten es mit ihrem Blut. Mehr als vier Jahre lang schlachteten sich die Arbeiter vieler Länder für die Profite ihrer Ausbeuter gegenseitig ab. Bis der Aufstand der Matrosen im Bündnis mit den Kieler Arbeiter*innen dem Morden im November 1918 ein Ende setzte.

Heute sind Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wiederum an einer deutschen Regierung beteiligt. Und diese deutsche Regierung ist, wie es der Zentrale Arbeitskreis Offensiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus bei der Gewerkschaft ver.di treffend festgestellt hat, „dazu übergegangen, im Zuge der von ihr betriebenen und beförderten Osterweiterung von EU und NATO mit bekennenden Faschisten zusammenzuarbeiten“.

Nachdem sich der deutsche Außenminister Steinmeier (SPD) mit dem ukrainischen Nazi-Führer Tjagnibok und anderen reaktionären Politikern in Kiew an einen Tisch gesetzt hatte, begann der blutige Putsch in der Ukraine, der mit dem berechtigten sozialen Protest gegen die frühere Regierung nichts mehr gemein hatte. Die Bundesregierung ist mitschuldig an dem Krieg der gegenwärtigen Kiewer Regierung und ihrer faschistischen Hilfstruppen gegen die Bevölkerung der Ostukraine, an der Zerbombung ihrer Städte, an der massenhaften Vertreibung ihrer Einwohner, an der Verbrennung antifaschistischer Kämpfer und Zivilpersonen im Gewerkschaftshaus von Odessa.

Mit der Anerkennung des Referendums auf der Krim und der von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gewollten Wiedereingliederung der Halbinsel in den russischen Staatsverband hat die russische Regierung dieses Gebiet vorerst dem Zugriff der Putschregierung entzogen. Nun wird Russland für die Eskalation in der Ostukraine verantwortlich gemacht, die Gegner der Putschisten werden unterschiedslos als „prorussische Separatisten“ tituiert. Ein Krieg mit Russland, ein neuer Weltbrand wird provoziert.

Die russische Regierung unter Führung des großrussischen Nationalisten Putin ist gewiss nicht unser Freund. Ebenso wenig, wie es 1914 die Regierung des Zaren gewesen ist. Aber die russische Regierung ist hier nicht die Kriegstreiberin.

Um die Zustimmung der deutschen Bevölkerung für ihre Politik zu erhalten, bedient sich die heutige deutsche Regierung derselben Methoden wie die von 1914 (siehe oben). Haben wir genug aus der Geschichte gelernt, um nicht darauf hereinzufallen? Es liegt an uns, den Kriegstreibern in unserem Land das Handwerk zu legen. Hand in Hand mit unseren sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen, die sich nicht noch einmal für dumm verkaufen und missbrauchen lassen wollen.

Pax optima rerum

Motto der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel



Frieden ist das höchste Gut

Im Jahr 1665 lagen der Westfälische Friede und damit das Ende des 30jährigen Krieges erst 17 Jahre zurück. Der Schwedisch-Dänische Krieg war 1660 beendet worden. Nicht wirklich weit entfernt hatte gerade der zweite große Krieg zwischen England und den Niederlanden begonnen. „Pax optima rerum“ - ein durchaus naheliegender Leitspruch für eine in eben diesem Jahr neu zu gründende Hochschule.

Viele weitere Kriege und zwei Weltkriege später ist dieses Motto immer noch nicht zur tatsächlichen Leitlinie für die Kieler Universität geworden. Auch wenn es der Uni-Präsident Lutz Kipp unlängst zu leugnen versucht hat: An der CAU wird massiv Rüstungsforschung betrieben. Forschung mit dem primären Ziel, dem Einsatz der Bundeswehr in aller Welt zu dienen. Dass sich viele bei der Verfolgung dieses Ziels gewonnene Erkenntnisse auch für zivile Zwecke nutzen ließen („dual use“), bezweifeln wir nicht. Dass die Zeit für ihre ausschließlich friedliche Nutzung einmal kommt, ist Ziel unseres Strebens.

Das sogenannte Verteidigungsministerium hat seine jährlichen Ausgaben für Rüstungsforschung mehr als verdoppelt. Seit 2010 hat es 120 Aufträge im Umfang von 28 Mio. Euro an Hochschulen vergeben, die Kieler CAU liegt hinter der Uni Hannover auf Platz zwei der so bedachten Einrichtungen. In seiner eigenen Presseerklärung zum Thema spricht Herr Kipp von 13 Projekten mit einem Volumen von zwei Mio. Euro an der CAU, die von der Bundeswehr finanziert wurden. Dabei wurde sowohl technische als auch logistische und propagandistische Hilfestellung für die Armee, nicht zuletzt für die Marine geleistet. Die Entwicklung von Radarsystemen, Richtlinien für die Aufstandsbekämpfung im Ausland und Überlegungen zur Verteidigung der „europäischen Ordnung“ gehören dazu.

Besonders hervorzuheben hat sich dabei der Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik (ISPK), Joachim Krause. Das Ansinnen vieler Studierender und Beschäftigter, an der Kieler Uni eine Zivilklausel einzuführen, lehnt er als Angriff auf die Freiheit der Wissenschaft ab. Diese unter Rüstungsforscher*innen verbreitete Auffassung untermauert er mit einem besonders schäbigen Vergleich: er fühle sich durch „Kooperations- und Kontaktverbote“ etwa mit der Bundeswehr fatal an Zeiten erinnert, „in denen Universitäten in Deutschland nicht mit Menschen oder Institutionen kooperieren durften, weil diese jüdisch waren“.

Der „Gefährdung der europäischen Ordnung durch Russland“ müsse begegnet werden. Krause kritisiert die „übergroße Vorsicht, die deutsche Politiker beim Umgang mit militärischen Instrumenten walten lassen“. Er findet, Deutschland könne „in dieser schwierigen Zeit eine Führungsrolle übernehmen“, und: „De-Eskalation ist dabei nur eine Übergangstrategie.“ Schließlich: „Mit einem feindlich gesinnten Russland zu leben, ist keine Katastrophe.“ NATO und EU („die beiden Grundpfeiler der internationalen Ordnung“) seien zu stärken, Abschreckung und damit notwendigerweise Hochrüstung die gebotenen Mittel.

Für die Publikationen seines Instituts ein weiteres Beispiel. In seinem Aufsatz „Herausforderungen für die NATO-Marinen in Zeiten der Euro- und Wirtschaftskrise“ (*Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik* Nr. 32, Dez. 2012) benennt Sebastian Bruhns ein Problem der Militärfreunde am Beispiel der Kriegsmarine:

„Seestreitkräfte sind teuer, und so müssen sie von Zeit zu Zeit Argumente vorbringen, warum die Gesellschaft ihre knappen Mittel in sie investieren sollte.“

Schwierigkeiten sieht er dabei gegeben durch die „postheroische Grundhaltung seit Ende des Kalten Kriegs, die sich zumindest in Europa feststellen lässt“. Seiner Meinung nach bedarf es „selbstbewusster politischer und militärischer Überzeugungstäter mit Weitblick und Mut zu strategischem Denken. Sich nicht im ‚Klein-Klein‘ zu verheddern, sondern auch das ‚Große Ganze‘ im Blick zu behalten und es vor allen Dingen nach außen zu tragen“, u. a. über die Medien und allgemeine und politische Bildung. Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den US-amerikanischen Seekriegsforscher Prof. Robert Rubel (US Naval War College, Center for Naval Warfare Studies) formuliert er eine seiner Kernthesen: „Maritime Macht als Indikator gesamtstaatlicher Macht ermöglicht es einer Nation, die Regel für die internationale Ordnung zu bestimmen (im Fall des Westens: das liberale Wirtschaftssystem).“ Rubel selbst spricht etwas deutlicher von der etablierten „liberal capitalist trading order“, also der *kapitalistischen* Ordnung und erklärt den Schutz dieses „globalen Wirtschaftssystems“ zur grundlegenden Bestimmung der Seestreitkräfte. („The basic purpose of navies today is to protect the global economic system.“)

Für den Institutsleiter Krause ist das alles ausdrücklich mit der verfassungsmäßig gebotenen Beschränkung eines eventuellen Einsatzes der Bundeswehr auf die Landesverteidigung vereinbar. Die Kritiker verstehen das Grundgesetz einfach nicht richtig. Und überhaupt, die Kritiker: „Die deutsche Debatte über die Rolle militärischer Instrumente in der Außenpolitik hat in den vergangenen 15 Jahren eine pazifistische Ideologisierung erfahren, die sich mittlerweile wie Mehltau über die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands legt.“

Also: Schluss der Debatte! Maul halten und Verstand ausschalten! Hacken zusammen und heroische Grundhaltung einnehmen! Dann werden wir's den Russen schon (wieder mal) zeigen!

„Die Arbeiterbewegung war (1914 – d. Red.) nicht pazifistisch, vielmehr war sie antimilitaristisch. Sie sah im Militär ein Instrument der Klassenherrschaft, das zu beseitigen wäre (...). Es hieß nicht „Die Waffen nieder“, (...) sondern „Krieg dem Krieg“. Der Kriegsausbruch sollte genutzt werden, um durch Massenstreiks den Sturz der herrschenden Klasse zu beginnen.“

Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen,
Ressort „Politik und Planung“ bei der ver.di
Bundesverwaltung

„Krieg dem Krieg!“

Es macht Sinn, an die eigentliche traditionelle Losung der ArbeiterInnenbewegung im Kampf gegen Militarismus und Kriegstreiberei zu erinnern.

Der Ruf „Die Waffen nieder!“ kann immer wieder angebracht sein; „Zurück an den Verhandlungstisch!“ Diese Forderung wird im Zusammenhang mit den Kriegen im Nahen Osten und in der Ukraine mit voller Berechtigung erhoben. Konsequente Pazifist*innen sind in vielen Situationen Bündnispartner*innen der radikalen Linken. Diese Erkenntnis bestimmt unser Handeln, auch am Antikriegstag 2014 in Kiel.

Unsere Losung „Krieg dem Krieg“ geht darüber hinaus. Sie weist auf die Notwendigkeit hin, das kapitalistische System, die Herrschaft der Konzerne und Banken zu beseitigen und an ihre Stelle eine sozialistische Gesellschaft zu setzen, deren oberstes Gesetz nicht die Erzielung von Maximalprofit für die Herren von Fabriken und Banken ist, sondern die Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft. Die Mittel dafür sind längst vorhanden. Sie sind nur in den falschen Händen.

Der französische Sozialist und Friedenskämpfer Jean Jaurès, der am 31. Juli 1914 von einem nationalistischen Verbrecher ermordet wurde, hat es treffend formuliert: „**Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.**“ Er muss fallen, damit wir in Frieden leben können!

Die Kapitalisten und ihre Handlanger werden der notwendigen Vergesellschaftung ihres Eigentums und der Beseitigung ihres Machtapparats nicht tatenlos zusehen.

Daher ist „Krieg dem Krieg!“ nach wie vor die Losung der Kommunistinnen und Kommunisten, der revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter in allen Ländern der Erde. Und wir setzen uns dafür ein, dass auch in unseren Gewerkschaften nicht nur ab und zu mal daran erinnert wird – sie muss wieder zur Maxime unseres Handelns werden.

Die Stimmung vieler Soldaten nach zwei Jahren Weltkrieg brachte der Dichter Erich Mühsam, der später von den Nazis ermordet wurde, im Jahr 1916 in einem Gedicht zum Ausdruck. 1917 in Russland, 1918 in Deutschland setzten die Arbeiter mit und ohne Waffenrock ihre Sehnsucht in die Tat um.

Soldatenlied

Wir lernten in der Schlacht zu stehn
bei Sturm und Höllenglut.
Wir lernten in den Tod zu gehn,
nicht achtend unser Blut.

Und wenn sich einst die Waffe kehrt
auf die, die uns den Kampf gelehrt,
sie werden uns nicht feige sehn.
Ihr Unterricht war gut.



Soldaten! Ruff's von Front zu Front:
Es ruhe das Gewehr!
Wer für die Reichen bluten konnt,
kann für die Seinen mehr.
Ihr drüben! Auf zur gleichen Pflicht!
Vergeßt den Freund im Feinde nicht!
In Flammen ruft der Horizont
nach Hause jedes Heer.

Wir töten, wie man uns befahl,
mit Blei und Dynamit,
für Vaterland und Kapital,
für Kaiser und Profit.
Doch wenn erfüllt die Tage sind,
dann stehn wir auf für Weib und Kind
und kämpfen, bis durch Dunst und Qual
die lichte Sonne sieht.

Lebt wohl, ihr Brüder! Unsre Hand,
daß ferner Friede sei!
Nie wieder reiß' das Völkerband
in rohem Krieg entzwei.
Sieg allen in der Heimatschlacht!
Dann sinken Grenzen, stürzt die Macht,
und alle Welt ist Vaterland,
und alle Welt ist frei!

... Der alte Tanz auf dem alten Vulkan. / Du sollst nicht töten! hat einer gesagt. / Und die Menschheit hörts, und die Menschheit klagt. / Will das niemals anders werden? / Krieg dem Kriege! / Und Friede auf Erden. (Kurt Tucholsky (1919))

Kritik an der Aggressionspolitik der israelischen Regierung ist kein Antisemitismus. Israel ist ein bürgerlicher imperialistischer Staat, aggressiv nach innen und außen. Seine Bevölkerung ist in Klassen und überdies ethnisch gespalten. Der Staat Israel unterliegt der gleichen Kritik wie alle bürgerlichen Staaten.

Erklärung des Parteivorstands der DKP, Juli 2014

Gaza: Stoppt den Krieg!

Die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten sind solidarisch mit den Friedenskräften in Israel. Sie stehen an der Seite ihrer Genoss*innen, die zum Krieg in Gaza u. a. Folgendes feststellen:

“Die Kommunistische Partei Israels (CPI) bringt ihre stärkste Ablehnung und Verurteilung des unheilvollen und mörderischen terroristischen Krieges zum Ausdruck, den die Regierung Israels in den letzten Tagen gegen das Volk von Gaza und die arabisch-palästinensische Bevölkerung geführt hat. Ebenso verurteilt die CPI klar und unzweideutig den Beschuss israelischer Zivilisten durch Hamas und andere Organisationen im Gazastreifen. Aus unserer Sicht sind solche Angriffe nicht nur verwerflich, sondern auch kontraproduktiv für die palästinensische Sache selbst, besonders ihr berechtigtes und legitimes Streben nach der Errichtung eines unabhängigen Staates neben dem Staat Israel in den Grenzen vom 4. Juni 1967, dessen Hauptstadt Ost-Jerusalem ist.

Trotz unserer Verurteilung eines jeden Anschlags auf die Bevölkerung hebt die CPI hervor, dass die Verantwortliche für die derzeitige Eskalation und das Blutvergießen die Regierung Israels ist – ihre fortwährende Verweigerung jeder Aussicht auf einen gerechten Frieden, die massiven Tötungen und Zerstörungen, die sie in Gaza verursacht, ihre totale Gleichgültigkeit für das Leben und Wohlergehen von Palästinensern, und insbesondere ihre fortwährende Verstärkung der israelischen Besetzung und Kolonisierung der Westbank und Ost-Jerusalems zusammen mit der inhumanen Blockade des Gazastreifens. (...)

Nein zu Kriegsverbrechen! Nein zu Angriffen auf Zivilisten! Aufhebung der Gaza-Blockade! Schluss mit der Besetzung!“

Antisemitismus bekämpfen!

Im Bewusstsein ihrer besonderen Verantwortung in Anbetracht der Verbrechen des deutschen Faschismus erklärt die DKP: „Wie Rassismus und Nationalismus lenkt Antisemitismus von der Klassenfrage ab, dient der Spaltung der Ausgebeuteten und festigt die Herrschaft der Ausbeuter. Wenn ‚den Juden‘ irgendwelche Eigenschaften angedichtet werden, dann ist das Antisemitismus. Wenn Menschen wegen ihres jüdischen Glaubens verfolgt, benachteiligt, angegriffen werden, dann ist das Antisemitismus. Wenn die verbrecherische Politik des Staates Israel als Politik ‚der Juden‘ verdreht wird, dann ist das Antisemitismus. In all diesen Situationen stellen sich KommunistInnen den Antisemiten entgegen.“ Als Kieler Kommunist*innen bekräftigen wir unsere Entschlossenheit, dies auch bei jeder Friedensdemonstration zu tun, an der wir beteiligt sind.

„Vielmehr sollte endlich ein Stopp aller Waffenlieferungen erfolgen; in erster Linie dürfen Saudi-Arabien, Katar, aber auch das NATO-Mitglied Türkei nicht mehr beliefert werden. Denn letztere reichen sie weiter an die Terrororganisation »IS«.“

Songül Talay, Vorstandsmitglied des kurdischen
Ceni-Frauenbüros für Frieden (Düsseldorf)

„Islamischer Staat“ und „Westliche Wertegemeinschaft“

Wer in Deutschland Geld sammeln würde für die Kurdische Arbeiterpartei – Motto etwa „Waffen für die PKK!“ – der würde umgehend in Gewahrsam genommen und hätte ein Verfahren wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu gewärtigen. Die PKK und ihr verbündete Organisationen haben zwar in den vergangenen Wochen Tausende von Jesiden vor dem Terror der Gruppe „Islamischer Staat“ (IS) im Irak in Sicherheit gebracht und kämpfen, teils zusammen mit den Peshmerga, am effektivsten gegen diesen Mob, aber in Deutschland ist die PKK verboten. (Der IS übrigens bei Drucklegung dieser Zeitung immer noch nicht!)

Die Terrorgruppe IS ist gewachsen als Verbündete der imperialistischen Staaten der selbsternannten „westlichen Wertegemeinschaft“ im Krieg gegen die syrische Regierung. Sie wird unterstützt von den reaktionären Golfstaaten und der Türkei, alles „strategische Partner“ der Bundesregierung und alle ausgerüstet mit deutschem Kriegsgerät. Der Zerfall des irakischen Staates ist dieser „Gemeinschaft“ egal. Interessant sind aber die Ölvorkommen im Kurdengebiet. Wie früher die Taliban, zeigt sich auch der IS als schwer zu kontrollierender Verbündeter; nun soll er wieder auf die ihm eigentlich zugedachten Aufgaben verwiesen werden. Zur Not mit Waffengewalt.

Die Bundesregierung beweist nur ihren grenzenlosen Zynismus, wenn sie diese von ihr mit zu verantwortende Situation nun nutzt, um das bisher zumindest auf dem Papier geltende Verbot der Lieferung von Kriegswaffen in Krisengebiete zu kippen. Dabei will sie doch angeblich nur den Freiheitskampf einer bedrohten Volksgruppe unterstützen...

Wenn dieser Betrug erstmal im Irak geklappt hat, wenn der Widerstand dagegen in Deutschland selbst schwindet, dann gehen wohl auch bald Waffen in die Ukraine, allerdings nicht an verfolgte Minderheiten, sondern an die von Faschisten getragene Regierung, die inzwischen offen Militärhilfe der „Wertegemeinschaft“ im Kampf gegen die Bevölkerung im Osten des eigenen Landes und zum Krieg gegen Russland einfordert. Dort sind Merkel, Steinmeier und Konsorten die Hunderttausende, die von den Truppen der Putschregierung ausgebombt und vertrieben werden, ebenso schnurz wie all die getöteten Zivilisten.

Frau Talay hat schon Recht, wenn sie sagt: „Machen wir uns doch nichts vor: Militärische Interventionen von außen dienen doch meist dem Zweck, ethnisch verfolgte Völker abhängig zu machen, um diese anschließend für eigene imperialistische Machtinteressen auszunutzen. Diplomatischer Druck auf die Länder, die die Terrororganisation »IS« politisch und finanziell unterstützen, wäre aber hilfreich.“ Und natürlich echte humanitäre Hilfe.

Recht hat auch Patrick Köbele, der Vorsitzende der DKP: „Man muss den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, alle Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden. Man muss den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, die Militarisierung der Gesellschaft zu stoppen. Aber man darf keinesfalls beginnen, das Geschäft der deutschen Rüstungsindustrie unter der Flagge des Schutzes von Menschenleben zu unterstützen.“
